



## **Zweiter Runder Tisch Wohnungsknappheit**

Dienstag, 13. Februar 2024, Bern

### **Rede von Stadtpräsidentin Corine Mauch an der MK**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,  
Sehr geehrter Herr Regierungsrat Steiert,  
Sehr geehrte Medienschaffende

Vorausschicken möchte ich meinen herzlichen Dank. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Bundesrat, sowie beim BWO-Direktor für die Organisation des Runden Tisches. Die Städte haben die Lancierung des Runden Tisches sowie den Dialog aller Akteur\*innen stets begrüsst.

Allerdings kann und will ich nicht verhehlen, dass bei den Städten – in Betracht der Ergebnisse – Ernüchterung Einzug gehalten hat. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Wohnungsknappheit mit dem vorliegenden Aktionsplan nicht in der erhofften Art und Weise und auch nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit bekämpft wird.

In vielen Städten und städtischen Agglomerationsgemeinden braucht es derzeit dringend eine ganzheitlich konzipierte Wohnraumversorgung. Diese soll die stattfindende – und ökologisch sinnvolle – Verdichtung mit den sozialen Herausforderungen zusammenbringen.

Die Städte bringen die Verdichtungsprozesse qualitativ voran und begleiten sie aktiv. Sie engagieren sich für die Sicherstellung von genügend preiswertem und gemeinnützigem sowie bedarfsgerechtem Wohnraum. Nur so finden auch in Zukunft sämtliche Bevölkerungsschichten Platz in Städten. Diese gesellschaftliche Vielfalt begründet die Lebensqualität der Städte. Sie steht für Wohlstand, Fairness und Innovation.

Die Städte sind als Staatsebene und politische Akteurinnen nahe bei den Menschen. Die Städte spüren die Auswirkungen der Wohnungsknappheit darum direkt. Mittel- und langfristig gefährdet die Wohnungsknappheit die urbanen Qualitäten.



Neben Massnahmen, die der qualitätsvollen Innenentwicklung und schnellen Verfahren dienen, gilt es darum auch die grössten Hebel bei der Sicherstellung von genügend preisgünstigem und bedarfsgerechtem Wohnraum zu nutzen.

Nach dem vorliegenden Aktionsplan sollen nun genau diese grössten Hebel aber nicht richtig betätigt werden. Ich spreche von der Einführung eines Vorkaufsrechts für Gemeinden und von der Formularpflicht für transparente Mieten. Diese beiden Massnahmen wurden im Aktionsplan sehr stark zurückgestuft. Sie werden nicht mehr von allen Partner\*innen und Organisationen als geeignet erachtet.

Das ist für die Städte ernüchternd und enttäuschend. Diese Massnahmen stehen keiner anderen Massnahme im Wege. Eine verhärtete Gegenüberstellung von «Bauen und viel Geld verdienen» auf der einen und dem Fokus auf Gemeinwohl, auf räumlich-bauliche Qualitäten und den Umweltschutz auf der anderen Seite, bringt niemanden weiter.

Der Widerstand gegen die genannten Massnahmen ist deshalb unverständlich. Vor allem auch, weil die Städte nicht an der aktuellen Aufgabenverteilung rütteln. Heisst: Für die Rahmenbedingungen sorgt die öffentliche Hand. Und unterschiedliche Akteurinnen der Bau- und Immobilienbranche sind zuständig für die Konkretisierung der Wohnraumversorgung.

Die Städte erwarten eine Berücksichtigung ihrer Anliegen und Verpflichtungen. Denn die von den Städten verfolgten Sozialziele sind öffentliche, gesellschaftliche Anliegen. Sie decken sich mit den Interessen des Gemeinwohls.

Ich komme zum Schluss. Die weitere Art und Weise unseres Engagements im Rahmen des Aktionsplans werden wir im Städteverband diskutieren müssen.

Damit der bisher offene Prozess nicht ins Leere läuft, da er bisher zu einem wenig konkreten und nicht verbindlichen Aktionsplan geführt hat, braucht es nun mindestens die Bereitschaft, städtische Anliegen und



soziale Fragen weiterhin ernsthaft zu diskutieren – und zwar seitens aller Involvierten.

Explizit fordern wir dazu auch den Bund auf. Und ja: Dafür braucht es Budget und Ressourcen. Denn Wohnraumversorgung in Städten und Stadtregionen ist ein grundsätzliches, nationales Anliegen. Ob die Wohnraumversorgung scheitert oder erfolgreich ist – das tangiert die ganze Schweiz. Und da wir es beim Wohnen mit einem Grundrecht zu tun haben, sind räumlich-planerischen Auflagen immer mit der Erfüllung der Sozialziele zusammenzudenken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*((Es gilt das gesprochene Wort.))*